

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Post)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verteilung: Drag 11, Refasanfa 15 • Leipzig: 20705, 31400, Naumburg: 149 31 1100 • 33555 • Postfach: 97544

12 Jahrgang.

Samstag, 18 Juni 1932

Nr 144.

Großmächte für Weltlösung. Radikale Maßnahmen notwendig.

Lausanne, 17. Juni. (Wolff.) Die heutige Plenarsitzung begann als öffentliche. Der Vorsitzende MacDonald verlas zunächst eine Erklärung, die von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans unter dem gestrigen Datum gezeichnet ist. Die Erklärung lautet:

„Tief durchdrungen von der wachsenden Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, und von der Dringlichkeit des Problems, das der Konferenz von Lausanne zu prüfen aufgegeben ist,

ist überzeugt davon, daß dieses Problem eine endgültige und präzise Lösung erfordert, die auf die Besserung der Verhältnisse in Europa hinwirkt, und daß diese Lösung ohne Verzug und ohne Unterbrechung gesucht werden muß, um im Rahmen eines Weltabkommens verwirklicht zu werden,

und im Hinblick darauf, daß gewisse Repara-

tionen am kommenden ersten Juli i. J. fällig werden,

sind die unterzeichneten Regierungen der Ansicht, daß eine Präjudiz für Lösungen, die späterhin gefunden werden können, zwecks ununterbrochener Verfolgung der Konferenzarbeit die Ausführung der Zahlungen, die den an der Konferenz teilnehmenden Regierungen als Reparations- oder Kriegsschulden zustehen, für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden soll, während die Konferenz nach dem Willen der unterzeichneten Regierungen ihre Arbeit in kürzest möglicher Frist vollenden soll. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Dienst der auf dem Markt befindlichen Anleihen von diesem Beschluß nicht betroffen wird.

Die unterzeichneten Regierungen erklären, daß sie zu ihrem Teil bereit sind, entsprechend dieser Vereinbarung zu handeln und die übrigen Gläubigerregierungen, die an der Konferenz teilnehmen, einzuladen, die gleiche Haltung einzunehmen.“

Im Reden einig.

Von Papen: Keine neuen Experimente.

Papen sprach als erster: Die Weltwirtschaft hat sich seit der Schaffung des Young-Planes im Jahre 1929 gewandelt: aus Optimismus in die Resignation in Pessimismus und Verzweiflung übergegangen. Eine Neuordnung der Schuldverhältnisse ist unvermeidlich. Der Weltwirtschaft widersteht dann die Auffassung, als würde eine Befreiung Deutschlands von seinen Schulden seine Konkurrenzfähigkeit übermäßig gestalten. Die Inflation habe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschwächt und nicht gestärkt, allein schon durch die abnorm hohen Zinsen. Der Staatshaushalt mit seinen hohen sozialen Aufwendungen sei bedingt durch die Notwendigkeit, völlige Beseitigung und politische Gefahren zu vermeiden.

Zum Schluß kennzeichnet der Reichkanzler die bisherige Geschichte der Reparationen als eine Reihe von Experimenten, bei denen jedesmal ein Maximum an Leistungen Deutschland auferlegt worden sei. Die Rückwirkungen dieses Verfahrens seien jetzt handgreiflich geworden:

Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und als schädlich erwiesen, und die Erfahrungen schließen die Möglichkeit neuer Experimente jeder Art aus, die den gleichen Mißerfolg haben müßten. Die Besserung ist von einer Entlastung der Weltwirtschaft von solchen Störungen durch wirtschaftsnahe politische Zahlungen abhängig. Die Reparationen, die ursprünglich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, bauen nicht auf, sondern zerstören. Es handelt sich um eine Arbeit, die den Blick auf die Zukunft richtet. Die Zeit der kleinen Mittel, der Kompromisse, der Verzögerungen ist endgültig vorüber. Es muß ganze Arbeit geleistet werden.

Herriot: Deutschlands Vorteile.

Nach dem Reichkanzler tritt Herriot das Wort. Er könne feststellen, daß die langfristige Zielsetzung, wenn sie auch die engumschriebene Aufgabe habe, die ihr anvertrauten Interessen zu verteidigen, doch nicht gleichgültig gegenüber den Schwierigkeiten anderer Mächte sein könne. Er habe dem deutschen Volk selbst zu verstehen zu geben, daß er für das allgemeine Wohl und für den gemeinsamen Frieden arbeite. Wir trennen uns, daß die Lausanner Konferenz schon den unbestreitbaren Grundgedanken anerkannt hat, wonach eine europäische Regelung nur im Rahmen einer Weltregelung durchgeführt werden kann. Die Anwesenheit des Hoover-Korrespondenten für ein einziges Jahr hat dem französischen Budget ein Defizit von ungefähr 1.000 Millionen Franks gebracht, das von ungefähren 1.000 Millionen Franks zurückgehen. Die Belastung der deutschen Eisenbahnen war mit 600 Millionen Mark nicht übertrieben. Wenn die Reparationsleistungen in Zukunft wegfiele, so würde die Kapitallast der deutschen Eisenbahnen auf etwa 10 Milliarden Franks zurückgehen, während die französischen 65 und die englischen 100 Milliarden Franks betragen. Eine

solche Begünstigung würde den deutschen Eisenbahnen wesentliche Tarifermäßigungen beschaffen, die die Lage für gewisse Schwermetalle um 15 bis 20 Prozent verbilligen würden. Eine Annulierung würde Frankreich ungerechte Opfer auferlegen. Das Problem der Reparationen ist nicht nur ein deutsch-französisches, sondern werde für zahlreiche Länder Konsequenzen nach sich ziehen. Das Reparationsproblem solle also das gesamte europäische Wirtschaftsproblem auf. Auch Deutschland bedürfe der Wiederherstellung von ganz Europa.

Güddeutsche Länderfront gegen braune Pest.

Sturmzügen im Bayernlandtag. — Nazifraktion randaliert und wird ausgeschlossen. — Uniformverbot in Bayern und Baden bleibt.

Der Widerstand gegen die Liebedienerei der Papen-Regierung vor Hitler, die ihren Ausdruck in der Aufhebung des Uniformverbotes für die Hakenkreuzträger fand, ist im Antwachen begriffen. In Bayern fand der Konflikt mit dem Reich in offener Landtagsitzung lauten Widerstand. Die Nazifraktion war gestern demonstrierend in Braunschweig und mit Hakenkreuzbinden zur Sitzung erschienen. Der Vorsitzende Dr. Stang erinnerte daran, daß die Volksvertretung kein Ort für parteipolitische Provokationen sei. Darauf antworteten die Nationalsozialisten mit Gebrüll und Schmähungen, worauf der Vorsitzende die uniformierten Abgeordneten aus der Sitzung ausschloß. Ihr Fraktionsführer Esser sprang auf die Rednertribüne und brachte von dort Heilrufe auf Hitler sowie ein dreifaches „Nieder“ auf die bayerische Regierung aus. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen.

Nach der Wiederaufnahme der Beratungen verkündete der Präsident den Ausschluß der Nazifraktion auf acht Tage. Sie antworteten wieder mit groben Beschimpfungen. Daraufhin ließ der Präsident die Naziberater einzeln durch Polizei abführen. Durch ihren Widerstand gegen die Anordnungen des Landtagspräsidenten haben sich die Nazis den Ausschluß von zwanzig Sitzungen zugezogen.

Unter Bezugnahme auf diese Vorgänge im Landtag veröffentlicht die bayerische Regierung eine Kundgebung, in der sie betont, daß auf Grund des Landespolizeirechtes das Tragen von Parteiformen bis zum 30. September 1932 im ganzen Lande verboten bleibt. Die nationalsozialistische Parteileitung sollte dagegen durch Telegramme an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister Beschwerde ein.

Durch diese Ereignisse hat sich eine offene Kampfstellung zwischen dem Reich und Bayern herausgebildet.

Die badischen Nazis klagen über „Rechtsunsicherheit“.

Karlsruhe, 17. Juni. Der nationalsozialistische „Schürer“ schreibt zu dem Uniformverbot in Baden, der Kampf zwischen Baden und dem

Chamberlain: Zur Schuldentilgung bereit.

Der britische Schatzkanzler Neville Chamberlain ergriff nach Herriot das Wort. Es sei klar, daß Verhältnisse entstanden seien, die es für Deutschland unmöglich machten, die im nächsten Monat fällig werdenden Zahlungen wieder anzunehmen. Dennoch habe die Erfahrung gezeigt, daß Zahlungen aus solchen großen wirtschaftlichen Verpflichtungen ohne die entsprechenden Gegenleistungen in Waren oder Dienstleistungen nicht ohne verhängnisvolle Folgerungen für das ganze wirtschaftliche Leben und die Zivilisation möglich seien. Es sei kein leichtes Unterfangen, den Anspruch auf die großen Summen anzugeben, die England zustehen,

aber es sei so überzeugt davon, daß nur durch radikale Maßnahmen das Vertrauen wiederhergestellt werden könne, daß es bereit sei, seinen Anteil an einer allgemeinen Auslöschung der Schulden zu tragen, vorausgesetzt, daß alle anderen Regierungen das Gleiche tun.

Die britische Regierung könne sich nicht zufriedengeben, bevor nicht ohne überflüssige Auseinandersetzungen wenigstens die Grundlagen einer dauernden Regelung gelegt worden sind.

Zu diesem Zwecke ist sie ernstlich gewillt, ihren Beitrag gemeinsam mit allen anderen Konferenzteilnehmern zu leisten und ungeachtet der Lasten, unter denen das von ihr vertretene Volk schon heute leidet, wird sie nicht zögern, weitere Opfer in bezug auf ihren rechtlichen Anspruch zu bringen, wenn dadurch die gemeinsame Sache gefördert und dem allgemeinen Wohl gedient werden kann.

Reiche sei in ein neues Stadium getreten. Ein Zustand völliger Rechtsunsicherheit (!!) kennzeichnet die neue Lage. Das Wort bringt einen scharfen Artikel des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rupp, der von einer „Fronte gegen das Reich und gegen Gelehrte“ spricht. Rupp hat an den Reichsinnenminister ein Protesttelegramm gerichtet, in dem er das sofortige Einschreiten des Reiches verlangt.

Hessen läßt Uniformen, aber keine Aufmärsche zu.

Darmstadt, 16. Juni. Von heftiger antilicher Seite wird u. a. mitgeteilt: Das Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufzügen, Umzügen, Durchmärschen und Sammeltransporten aller Art tritt wieder in Kraft. Das bisher auch für Hessen bestehende allgemeine Uniformverbot ist durch die neue Reichsnotverordnung aufgehoben worden. Der heftige Innenminister bedauert diese Maßnahme, sieht sich aber zur Zeit außerstande, eine andere Regelung zu treffen.

Die Opfer des Hitlerkurles wehren sich!

Gemeinsame Gewerkschaftsaktion.

Berlin, 17. Juni. Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, bereiten die Spitzenorganisationen eine gemeinsame Erklärung zur Notverordnung vor. Ihre Vertreter kommen heute zu einer Konferenz zusammen, in der man sich über die weiteren von Arbeitnehmerseite zu ergreifenden Maßnahmen aussprechen will. Es wird ein einheitliches Vorgehen der Spitzenorganisationen angestrebt.

Sturm gegen das Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 17. Juni. Gegen Mittag bildeten sich in der Nähe des Reichsarbeitsministeriums Gruppen von Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten. Etwa 15 Personen drangen in das Ministerium ein unter tödlicher Bedrohung des wachhabenden Polizisten. Die Eindringlichen versuchten beim Arbeitsminister Einlaß zu erhalten.

Neue Steuern.

Je länger die Wirtschaftskrise andauert, desto tiefer wird ihre Wirkung auf die Finanzen des Staates. Wenn die Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge schon in den ersten fünf Monaten des heutigen Jahres 340 Millionen erfordert haben, während der Bürgerblock diese Budgetpost mit zehn, höchstens zwanzig Millionen im Jahre abspäßen konnte, wenn auf der anderen Seite die Erträge aller Steuern ständig zurückgehen, dann ist es begreiflich, daß der Finanzminister mit immer neuen Steuerforderungen vor das Parlament tritt. Das Parlament kann solchen Forderungen seine Zustimmung nicht verweigern. Niemand, der sich seiner politischen Verantwortung bewußt ist, kann wollen, daß die Verbesserungen der Wirtschaftskrise noch durch den Zusammenbruch der Staatswirtschaft verschärft, daß die sozialen Einrichtungen dem Ruin preisgegeben werden, daß über die von der Not gepeinigten Massen noch die vervielfachte Not der Inflation hereinbricht.

Diese Erwägungen haben die Sozialdemokratie veranlaßt, der Erhöhung einer so brüderlichen Steuer wie der Umsatzsteuer ihre Zustimmung zu geben. Sie haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich mit einer Erhöhung indirekter Steuern nur abfinden können, wenn die Finanzverwaltung aus der Notwendigkeit, neue Steuerquellen zu erschließen, die Konsequenz zieht, daß vor allem das Einkommen der Besitzenden zu erhöhter Leistung herangezogen wird.

Diesem Begehren trägt die Regierungsvorlage über die Erhöhung des vorübergehenden Zuschlags zur Einkommensteuer in ausgiebigem Maße Rechnung. Schon im Jahre 1931 wurde die Einkommensteuer mit einem Zuschlag belegt, dessen weit aus überwiegender Last die Einkommen über 100.000 Kronen zu tragen hatten, denen ein Zuschlag von 30 Prozent von der ursprünglichen Steuer auferlegt wurde. Die neue Vorlage geht aber darüber weit hinaus, indem sie den vorübergehenden Zuschlag in progressiver Staffelung so steigert, daß nun Reineinkommen von mehr als einer halben Million mit einem Zuschlag von 35 Prozent der ursprünglichen Steuer belegt werden. Freilich, der Zuschlag beginnt jetzt schon bei einem Einkommen von 12.000 Kronen, auch mittlere und kleine Einkommen bleiben diesmal von der Erhöhung nicht verschont. Die Arbeiter werden aber dadurch überhaupt nicht betroffen. Das kommunistische Zentralorgan, das gestern seine Felle mit der Nachricht von einer gewaltigen Erhöhung der Lohnabzugssteuer in Entrüstung versetzen wollte, mühte heute, wenn ihm daran läge, seine Agitation nicht ausschließlich mit Lügen zu bestreiten, beschämt mitteilen, daß sich der Zuschlag auf die durch Abzug vom Lohne entrichtete Steuer nicht bezieht. Erst bei einem Jahreseinkommen von über 23.556 Kronen beginnt mit der Pflicht zur selbständigen Forderung auch für Personen in einem Arbeitsverhältnis die Pflicht zur Leistung des Zuschlages, der in dieser Einkommensstufe ein Prozent des Reineinkommens ausmacht. Aber auch die Selbständigen werden anerkennen müssen, daß das Opfer, das die neue Steuervorlage von ihnen verlangt, durchaus tragbar und, angesichts der Not, der es zu steuern gilt, durchaus gerechtfertigt ist. Die Selbständigen zahlen die Steuer nicht vom gesamten Einkommen, sondern nur von dem einbehaltenen Reineinkommen nach Berücksichtigung aller gesetzlich zulässigen Abzüge. Sie werden dann, wenn das so ermittelte steuerpflichtige Einkommen 12.000 Kronen beträgt, einen Zuschlag von 66 Kronen im Jahre zahlen, wogegen der Zuschlag bei einem Einkommen von einer halben Million 62.700 Kronen betragen wird. Mit anderen Worten, die Einkommensteuer bleibt, auch mit dem Zuschlage, bei kleinen und mittleren Einkom-

men nicht unbeträchtlich hinter der Belastung zurück, wie sie vor der Steuerreform bestand, nähert sich bei Einkommen von 60.000 Kronen der früheren Belastung an und steigt dann so stark, daß sie von etwa 100.000 Kronen an, wiederum nicht unbeträchtlich, über das Ausmaß der vor der Reform geltenden Höhe hinausgeht. Also eine durchaus soziale Staffelung, eine scharfe Erfassung der Besitzenden, die bei den höchsten Einkommen nahezu die Hälfte und mehr als die Hälfte des Einkommens wegheuert, so daß die Sozialdemokratie dieser Vorlage des Finanzministers mit gutem Gewissen ihre Zustimmung geben kann, weil sie ihren Grundsätzen durchaus entspricht.

Weniger erfreulich ist es, daß gleichzeitig eine neue Verbrauchssteuer, nämlich eine Hefesteuer beschlossen werden soll. Wenn man aber erwägt, daß der Hefeverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nicht mehr als vierzig Deka im Jahre beträgt, wird man dem Finanzminister diese Mehreinnahme, die der Staatskasse immerhin sechzig Millionen eintragen soll, umso weniger verlagern können, als es den Bemühungen der Sozialdemokratie gelungen ist, das Ausmaß der Steuer, die ursprünglich 15 Kronen pro Kilogramm betragen sollte, auf fünf Kronen, also ein Drittel herabzudrücken.

Auch der Bürgerblock hat Steuern erhöht: die Zundersteuer und die Spiritussteuer, er hat, als notwendige Folge des unseligen Gemeindefinanzgesetzes alle indirekten Abgaben der Selbstverwaltungskörper, besonders die Abgaben vom Mietzins bedeutend gesteigert. Er hat, unter ganz anderen Verhältnissen als heute, in einer Zeit, da die Hochkonjunktur alle Einnahmequellen reichlicher fließen ließ, die Wirtschaft der Selbstverwaltung zugrunde gerichtet. Daraus muß man immer erinnern, wenn man die Steuerpolitik der gegenwärtigen Regierung kritisieren will, die inmitten einer Krise, die ihresgleichen nicht hat, vor der Aufgabe steht, eine finanzielle Katastrophe zu verhüten. Ja, es ist wahr, hätten wir Sozialdemokraten allein zu entscheiden, dann würde die Steuerpolitik des Staates noch anders aussehen. Aber wenn es uns in so schwieriger Lage, unter so ungünstigen Machtverhältnissen gelungen ist, mit der jahrelang betriebenen Politik der ausschließlichen Massenbelastung zu brechen, die Schonung des Lohn-Einkommens und die energische Erfassung des Reichtums durchzusetzen, muß dieser unbestreitbare Erfolg alle Arbeitenden überzeugen, daß ihre Interessen bei der Sozialdemokratie in guter Hut sind.

Bauarbeiter, streift! Die Kommunisten brauchen Geld!

Nach den Bergarbeitern sollen die Bauarbeiter bluten!

Nach dem verkündeten Bergarbeiterstreik in Nordwestböhmen versuchen die Bolschewiken ihr Glück bei den Bauarbeitern. Die Bauarbeiter in Nordböhmen haben jedoch noch viel weniger Lust gehabt, den Kommunisten Gefolgschaft zu leisten. Sie haben trotz der Kogi-Nazi-Einheitsfront überall sachmännlich aufgetraut und die Krautwälder aus den Versammlungen hinausgeworfen oder, wie in Teplitz, gleich mit Stern, Turek u. Co. auf der Straße Ordnung gemacht. Diese Taktik hat Schule gemacht und ist überall mit Erfolg angewandt worden.

Run lassen die Kommunisten jedoch nicht locker. Ihre Komödien haben sie aus dem deutschen Gebiet ins tschechische verlegt. Mit großem Tam-Tam haben sie in Brünn ihren Putsch versucht. Sie mußten mit ihrem Mikulicek abziehen. Jetzt kommt Prag an die Reihe.

Vorgestern also, am 16. Juni, sollte auf allen Bauten die Revolution beginnen. Nach dem „Rudy Bedernik“ sowie dem zweiten Sprachrohr der Bolschewiken, dem „Prager Tagblatt“, das die Informationen bei den Bolschewiken bezieht, haben in Prag 60 bis 70 Prozent der beschäftigten Bauarbeiter angeheult gestreift. Wahr dagegen ist, daß, wenn die Polizei nicht die kleinen Zusammenrottungen von Arbeitslosen und Neugierigen bei einzelnen Baustellen vor sich hergetrieben hätte, niemand von einem Streik etwas gemerkt hätte.

Zufallen Bauten in Prag wurde nach verlässlichen Berichten gearbeiteit. Nach Prag soll Währ.-Strau an die Reihe kommen. Auch dort wird schon Stimmung gemacht, trotzdem auch in Währ.-Strau ein gültiger Vertrag so wie in Prag besteht.

Warum streifen aber die Kommunisten? Sie brauchen Geld, um ihre leeren Kassen zu füllen. Bei jedem Streike läßt sich leicht eine schöne Sammelaktion einleiten. Die Einheitsfront-Kampfschüsse und Zentralstreikleitungen sind hierzu gut zu verwenden.

An Streikunterstützung selbst bezahlen die Kommunisten fast nichts. Die gesammelten Summen stecken sie ein. Man erfährt nicht, wo das Geld hinfließt.

Wohnungsprovisorium und Finanzvorlagen dem Abgeordnetenhaus unterbreitet.

Prag, 17. Juni. Die Regierung hat heute, wie bereits angekündigt, dem Parlament das Mieterchutzprovisorium, das die bestehenden Wohnungsgesetze unverändert um zwei Monate verlängert und die Regierung zu einer weiteren zweimonatigen Verlängerung bis einschließlich 31. Oktober d. J. ermächtigt, sowie zwei Finanzvorlagen über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und über die Hefesteuer eingebracht, deren Auswirkung wir an leitender Stelle besprechen.

Während es in den letzten Tagen schien, als ob ein großer Teil des Koalitionsprogramms für den Herbst zurückgestellt werden müßte, da die Differenzen in der Wohnungsfrage und namentlich auch in den Krediten derzeit unüberbrückbar schienen, wurde heute früh in einer vertraulichen Besprechung der Koalitionsführer bei Udráal der Beschluß gefaßt, daß die zur Vorbereitung der verschiedenen Vorlagen eingesetzten Sachverständigen der Koalition künftig in Permanenz tagen und diese Vorlagen im Einlang mit den Intentionen der Regierung mit größter Beschleunigung zur verfassungsmäßigen Verabschiedung fertigstellen sollen. Namentlich die Woh-

Das Wohnungsprovisorium

besteht aus sieben kurzen Artikeln, durch die der bisherige Mieterchutz, die lex Reichner über den Ausschub der exklusiven Räumung von Wohnungen, die Bestimmungen des Bauförderungs-gesetzes über die Enteignung von Bauplänen und die §§ 1—16 des Gesetzes über die außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge bis 31. August 1932 verlängert werden. Gleichzeitig wird die Regierung ermächtigt, diese Frist durch Regierungsverordnung bis 31. Oktober 1932 zu verlängern.

Im Motivenbericht wird darauf hingewiesen, daß der Entwurf des definitiven Wohnungsgesetzes nach der Lage der Dinge nicht mehr vor dem 30. Juni, dem Ablauf der bisherigen Wohnungsgesetze, parlamentarisch verabschiedet werden kann. Daher ergibt sich die Notwendigkeit einer Verlängerung dieser Gesetze auf eine möglichst kurze, aber so bemessene Frist, daß inzwischen die Verhandlung des definitiven Wohnungsgesetzes möglich ist. Die Regierung glaubt, daß hierzu zwei Monate genügen. Für den Fall, daß sich wider Erwarten herausstellen sollte, daß das Wohnungsgesetz in dieser Frist nicht fertiggestellt werden kann, soll die Regierung die Möglichkeit haben, diese Frist um weitere zwei Monate zu verlängern.

Die Zuschläge zur Einkommen- und Lantiensteuer.

Die neue Vorlage hat die Form einer Novelle zum Gesetz 177/1931, durch das bereits derartige Zuschläge, allerdings in wesentlich geringerer Höhe, eingeführt wurden. Die Mindestgrenze für die Zuschläge wird von 30.000 auf 12.000 K herabgesetzt. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß sich die Zuschläge auf jene Dienstbezüge nicht beziehen, die nach dem § 30 des Gesetzes über die direkten Steuern der sogenannten Abzugssteuer unterliegen.

Damit wird in Wirklichkeit alle Dienstbezüge der Arbeiter und kleinen Angestellten bis zu einem Brutto-Jahresinkommen von 23.556 K von der Erhöhung ausgenommen.

Die Zuschläge betragen bei einem steuerpflichtigen Einkommen

über 12.000 bis 25.000 K	30 Prozent
" 25.000 " 40.000 K	40 "
" 40.000 " 60.000 K	50 "
" 60.000 " 100.000 K	60 "
" 100.000 " 150.000 K	70 "
" 150.000 " 300.000 K	80 "
" 300.000 " 500.000 K	90 "
" 500.000 "	95 "

der nach den Bestimmungen der Paragraphen 18 bis 22, bzw. 34 des Gesetzes über die direkten Steuern vorgeschriebenen Einkommensteuern. Diese Zuschläge werden zu der für die Jahre 1931 und 1932 vorgeschriebenen Einkommensteuer erhoben. Die im Gesetz 177/31 vorgesehene Zuschläge zur Lantiensteuer für die Jahre 1931 und 1932 werden in derselben Höhe auch für 1933 erhoben.

Der Motivenbericht betont, daß die dringenden und in der Zeit der Wirtschaftskrise ständig wachsenden Bedürfnisse des Staates kategorisch erfordern, daß ihre Bedeckung nach Erfindung aller Sparmaßnahmen auch in einer Erhöhung der bisherigen Einnahmequellen überall dort gesucht werde, wo dies ohne empfindlichere volkswirtschaftliche Schäden möglich ist. Die im Vorjahr eingeführten Zuschläge haben erst bei 30.000 K eingeleitet und beschränkten sich selbst bei Einkommen über 100.000 K auf einen Zuschlag von 30 Prozent. Bei der Festlegung der neuen Zuschläge wurde darauf geachtet, daß die Steuerbelastung unmittelbar nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der Steuerkapazität der Bevölkerung angemessen sei.

Bei Einkommen von 12.000 bis 100.000 K werden samt allen Zuschlägen nach der Steuerlast erreicht, die vor der Reform vom Jahre 1927 in Wirkung waren; erst bei höheren Einkommen steigt die Progression so stark, daß bei einem Einkommen von 500.000 K bereits 25,08 (bisher 17,15) Prozent, bei einer Million 31,78 (21,19), bei 3 Millionen 45,20 (30,13) und bei 10 Millionen 50,87 (33,92) Prozent weggeschleut werden.

nungsvorlage soll unbedingt innerhalb der durch das Provisorium gestellten Frist erledigt werden, ebenso aber auch die übrigen Vorlagen des Arbeitsprogramms. Damit dürfte sich allerdings die Parlamentarisation bis über den Zolkkongress hinaus ausdehnen.

Wie Udráal bereits bei der letzten Pressebesprechung angekündigt, wird der Finanzminister noch vor Sessionschluß nach vorüberiger Abfertigung mit den Koalitionsparteien im Parlament, bzw. im Budgetausschuß ein Erposé über die finanzielle Lage des Staates erstatten.

Die Regierungsvorlagen wurden sofort den Ausschüssen zugewiesen. Der sozialpolitische Ausschuh nahm nach der Plenaritzung des Hauses noch das Wohnungsprovisorium vor und stimmte nach kurzer Debatte der Vorlage einstimmig zu. Das Provisorium kommt bereits in der nächsten Plenaritzung am Dienstag, den 21. ds., um 3 Uhr, zur Verhandlung und soll spätestens am Mittwoch fertiggestellt werden.

Die beiden Finanzvorlagen sowie eine Reihe von Senatsbeschlüssen wurden den Ausschüssen mit Frist bis zum nächsten Samstag zugewiesen.

Die Hefesteuer.

Die im Inland erzeugte sowie die eingeführte Hefe soll einer eigenen Verbrauchssteuer unterliegen, die fünf Kronen pro Kilo Nettogewicht beträgt. Die Steuer hat im allgemeinen der Erzeuger zu entrichten; Hefe, die ins Jollausland ausgeführt wird, ist von der Steuer befreit. Weitere Bestimmungen regeln ausführlich die Kontrollmaßnahmen der Finanzverwaltung usw.

Durch Regierungsverordnung können der Besteuerung nach diesem Gesetz auch Erzeugnisse für Hefe unterworfen werden. Ebenso kann der Finanzminister im Einvernehmen mit den Ministern für Handel und Volksernährung die Verkaufspreise für Hefe, bzw. deren Erzeugnisse bestimmen.

Der ausführliche Motivenbericht erklärt offen, daß nur die unumgängliche Notwendigkeit, das Budgetgleichgewicht zu erhalten, die neue Steuer rechtfertigt. Bisher war die Hefe nur indirekt durch ein Bauschul versteuert, das jährlich rund 1,5 Millionen Kronen einbrachte, d. h. bei einer Jahresproduktion von 12 Millionen Kilo Hefe etwa 12,5 Heller pro Kilogramm. Die Steuer soll etwa 55 bis 60 Millionen Kronen jährlich einbringen.

Auf die Haushalte entfällt ein Verbrauch von etwa 6 Millionen Kilogramm, d. h. 40 Deka Hefe pro Kopf und Jahr. Die Belastung durch die neue Steuer macht pro Kopf der Bevölkerung also rund 2 Kronen aus.

Die halbe Hefeproduktion wird direkt von den Bäckern aufgenommen. Bei einem Hefeverbrauch von 0,6 bis 1 Gramm entfällt auf eine Semmel eine neue Steuerbelastung von 0,3 bis 0,5 Heller. In irgend einer Verteuerung liegt also kein Anlaß vor, um so mehr, als erst im vergangenen Herbst die Großhandelspreise für Weißbrot um zwei Heller herabgesetzt wurden, was aber im Detailpreis nicht zum Ausdruck kam. Einen kleineren Teil der neuen Steuerbelastung können überdies auch ganz gut die Hefeproduzenten selbst tragen.

Die Konzentration der gesamten Hefeproduktion in elf Fabriken, die ohnedies schon wegen der Alkoholzeugung der Aufsicht der Finanzbehörden unterstellt sind, ermächtigt die Einhebung der Steuer ohne viel Mehrarbeit und ohne größere Auslagen.

Kommunistische Schimpfanonaden im Plenum.

In der Plenaritzung des Hauses kam lediglich das letzte Zusatzprotokoll zum französischen Handelsvertrag zur Sprache, das beiderseits die Defensolidierung einzelner Zollposten vorsieht. Die Kommunisten wollten einen Vertreter der Regierung ins Haus zitieren, um

Die Arbeitslosigkeit in Wien.

Wien, 16. Juni. (RN.) Der Stand der unterstützten Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Monats Juni um 92 auf 105.951 gefallen. Damit ist der Stand um 21.231 höher als im Vorjahr, in welchem in der gleichen Zeitperiode ein Sinken um 3183 zu verzeichnen war.

über die letzten Zusammenstöße in der Slowakei sowie über die Auflösung ihres Jugendverbandes „Komjomo“ eine Erklärung abzugeben. Das wurde von der Koalition jedoch abgelehnt.

Daß unsere Partei das Vorgehen des Innenministeriums und der ihm unterstellten Organe in solchen Fällen nicht nur schärfstens mißbilligt, sondern auch an den zuständigen Stellen alles, was in ihrer Macht steht, vorkiehet, um solchen Zusammenstößen künftig vorzubeugen, ist der Öffentlichkeit wohl bekannt. Unsere konkreten Maßnahmen in solchen Fällen lassen wir uns aber nicht von der kommunistischen Fraktion oder von einem Herrn Dr. Stern vorschreiben, der erst beweisen müßte, daß er tatsächlich auch nur einen Funken Verantwortungsgefühl für Arbeiterleben je aufgebracht hat. Eine kommunistische Theatervorführung anläßlich einer eventuellen Regierungserklärung zu unterstützen, hatten wir aber keine Veranlassung; und um mehr geht es den Herrschaften nicht.

Die Ablehnung ihres Antrages nahmen die Kommunisten zum Vorwand, um ihre offensichtlich gekünstelte und auf Effekt berechnete „Empörung“ darzutun. Wie immer ließen sie dabei die Bürgerlichen schön in Ruh und richteten ihre ganze Stoßkraft gegen unsere im Saal gerade anwesenden Genossen.

Herr Stern als Chorführer feuerte seine Leute durch immer wüßere Beschimpfungen des Genossen Pohl merkwürdlich an. Unsere Genossen ließen sich von Stern lange nicht herausfordern — und bei der Wifage dieses geborenen Provokateurs erforderte das nicht wenig Selbstdisziplin — als aber Stern daraus den Schluß zog, ungestraft immer frecher werden zu können, und er anfang, den Genossen Pohl „entlarvter Arbeitermörder“ zu beschimpfen, verlor schließlich auch Pohl die Geduld und machte seiner wüßeren Empörung über die unqualifizierbaren Frechheiten des Stern auch einmal in ein paar Worten, aber gerechtfertigten Ausdrücken Luft. Von kommunistischer Seite ging nun der Kadon erst recht los, doch ließen sich unsere Genossen nur nichts mehr gefallen.

Grünzner: Bewußt und mit Absicht schickt ihr die Leute ins Verderben!
Pohl (zu Stern, der weiter „Arbeitermörder!“ piart): Nur ein Lausbub dringt das fertig! ... Sie machen die ganze Welt zum Antifemiten, Sie Feigling! ... Gegen Stabilität ihr euch nicht, aber ans greift ihr an. Da habt ihr Kurage!

Grünzner: In Deutschland heißt ihr dem Faschismus in den Sattel!
Stern: Da sind doch die Faschisten noch besser!

Pohl: Der Stern war noch nie dort, was geschossen wurde, aber „Arbeitermörder“ schimpfen, das kann er!
Stern: Man muß die Dinge beim Namen nennen.

Pohl: Das ist eine lausdübische Beschimpfung. Man braucht sich von euch nicht alles gefallen zu lassen!

Der kommunistische Redner, der dann zu Wort kam, zog natürlich auch alle Schimpfregister auf, die ihm zu Gebote standen. Nach einer Rede des Landbündlers Böhm, der ohne den geringsten Zusammenhang mit der Tagesordnung eine Vorlesung über die Forderungen unserer Objsüchter abspaltete, wurde die Sitzung abgebrochen.

In einer zweiten Sitzung wurden Zuweisungen vorgenommen, die die Ausschüsse in der nächsten Woche beschäftigen werden. Außer den erwähnten Regierungsvorlagen wurden auch vier Senatsbeschlüsse (Inlandskonsum, Elektrifizierungsnovelle, Eraktionsordnung, Berggesetznovelle) zugewiesen.

Militärputsch in Chile.

Gegen die sozialrevolutionäre Regierung. — Ein General läßt sich zum Staatsoberhaupt ausrufen.

Santiago de Chile, 17. Juni. Die neue sozialistische Republik war gestern durch einen ersten Revolutionsausbruch gefährdet. Militärabteilungen, die sich gegen die neue Regierung erhoben, drangen bis auf den Platz vor dem Präsidentenpalais durch, in dem die Führer des Kabinetts Zuflucht gesucht hatten. Das Präsidentenpalais wurde von Regierungskarabinieris und Freiwilligen besetzt, deren Zahl auf mehr als tausend Bewaffnete geschätzt wird. In den Fenstern, auf den Balkons und auf dem Dach wurden Maschinengewehre postiert. Am Abend verkündete, daß das gegenrevolutionäre Heer, das auf dem Platz vor dem Palais Aufstellung genommen hatte, der neuen Regierung ein Ultimatum zu stellen beabsichtigte. Die gegenrevolutionäre Bewegung stützt sich auf die Krone; an ihrer Spitze steht General Saenz. Die Bewegung verfolgt den Zweck, die sozialistische Regierung zu beseitigen und eine Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Montero zu ermöglichen, der vor zehn Tagen durch das Revolutionskomitee abgesetzt wurde. Montero weilt in Argentinien.

Der Vorsitzende des revolutionären Ausschusses fiel in die Hände von Aufständischen, die unter Führung des General Saenz stehen. General Saenz hat sich zum Staatsoberhaupt ausrufen lassen. Gleichzeitig erließ er eine Rundgebung, in welcher er mitteilt, daß alle Garnisonen des Landes der neuen Regierung, die sich gegen die Kommunisten richtet, ihre Unterstützung zugesagt haben.

Das Mitglied des Revolutionsausschusses Davilla, der zu Anfang dieser Woche auf seine Mitgliedschaft im Revolutionsausschuß verzichtet hatte, wurde vom Führer der Gegenrevolution, General Saenz, an die Spitze eines Zivilrevolutionsausschusses gestellt. Gleichzeitig wurde neben diesem Ausschuh auch ein Militärrevolutionsausschuh ins Leben gerufen. Die Gegenrevolution vertritt den Standpunkt eines gemäßigteren Sozialismus und des freundschaftlichen Verhältnisses zu den ausländischen Geschäftshäusern.

Die Wohnungsenquête.

Eine Enttäuschung für die Hausherrenparteien.

Prag, 17. Juni. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Enquete über Wohnungsfragen unter Teilnahme der parlamentarischen Wohnungskommission und der Vertreter einer ganzen Reihe von Körperschaften, die an dem Wohnungsproblem interessiert sind, eröffnet. Die Ansprache erstreckte sich auf die so hart umstrittenen ersten drei Abschnitte der definitiven Wohnungsborlage, die von der Feststellung des Wohnungsbedarfes, der Wohnungsaufsicht und der Wohnungsvermittlung handeln.

Einzelne Teilnehmer bewarfen die Enquete mit einer Wählerversammlung und unternehmen Versuche, dort wüste Agitationsreden zu halten. Vor allem der Vertreter der Zentrale der Handels- und Gewerbetreibenden, Dr. Lachout, schlug einen ungewöhnlich ausführlichen Ton an, kritisierte diese drei Abschnitte durchwegs ablehnend, weil sie viel zu tief in das Eigentumsrecht der Hausherren eingreifen, und verlangte ihre Streichung.

Es erregte allgemein Befremden, daß gerade die Handelskammern sich berufen fühlen, über Dinge ein derartiges Urteil abzugeben, die überhaupt nicht in ihre Kompetenz fallen. Es wäre für die Kammer sicher schwer nachzuweisen, welches Interesse ihre Mitglieder etwas an dem ersten Abschnitt der Borlage haben. Man sollte eher meinen, daß die Kammer ein Interesse daran haben müßte, daß der Wohnungsbedarf einwandfrei festgestellt werde. Es war aber dem Herrn Dr. Lachout offenbar nur darum zu tun, eine Attade gegen den Fürsorgeminister zu reißen und vollkommen in das Horn der Hausherren zu blasen.

Wir wissen nun, daß die Handelskammernzentrale es als ihre Hauptaufgabe zu betrachten scheint, die Interessen der Hausherren wahrzunehmen. Das wird vielleicht doch dazu führen, daß der Ruf nach Schaffung einer gleichartigen Institution für Arbeiter und Angestellte nunmehr mit allem Nachdruck erhoben werden wird!

Auch der Architekt Kuzal bewegte sich in seinen Ausführungen im selben Fahrwasser, nur hatte seine Rede nicht die geschickte Form wie bei Dr. Lachout. Er verfiel sogar zu der Behauptung, daß in die Regierungsborlage „etwas hineingepackt worden sei“. Diese arrogante Annahme des Redners wurde von den Genossen Binovec und Laub mit Entrüstung zurückgewiesen. Sektionschef Kubista in Vertretung des Fürsorgeministeriums sah sich veranlaßt, in sachlicher und gründlicher Weise einige offene Unrichtigkeiten, die den beiden Vorrednern unterlaufen sind, richtigzustellen. Das schien wieder einigen Herren auf die Nerven zu gehen, insbesondere dem Vertreter der Volkspartei, Patzer Roudnický, der sich immer mehr zu einem ausgesprochenen Vertreter der Hausherreninteressen entwickelt.

Der Vorsitzende Dr. Kalas mußte erst darüber belehrt werden, daß sich zum mindesten die sozialistischen Mitglieder der Koalition derartige Methoden nicht gefallen lassen. Er beugte sich schließlich dazu, an die Redner den Appell zu richten, die Form zu wahren und sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen, und mußte auch dem Sektionschef Kubista zum zweitemale das Wort zu einer sachlichen Richtigstellung erteilen.

Die Enquete selbst wird wohl den Initiatoren der ganzen Veranstaltung wenig Freude bereitet haben.

Mit Ausnahme einiger weniger Herren, die in der Agitation für die bedrohten Interessen der Hausherren völlig aufgehen, haben alle sonstigen Redner zu der Borlage in durchaus sachlicher Art und Weise Stellung genommen. Ganz besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen des ehemaligen Gesundheitsministers und jetzigen Prager Stadtphysikus Dr. Prochazka, der in eindringlicher Weise darauf hinwies,

daß es ganz verfehlt wäre, die drei Abschnitte des Wohnungsgesetzes von sozialischen oder politischen Gesichtspunkten zu betrachten. Man müsse vielmehr diese Bestimmungen vom hygienisch-sozialen und vor allem vom sozial-ärztlichen Standpunkt aus behandeln. Das Bild, das Prochazka über die hygienische Beschaffenheit unserer Wohnungen in den Städten und ganz besonders auch auf dem Lande entrollte, hat wohl viele Teilnehmer davon überzeugt, wie notwendig die Verschärfung gerade dieser Abschnitte ist!

Auch die Vertreter der Selbstverwaltungskörper haben bei aller Bedachtnahme auf die gegenwärtige schwierige Finanzsituation der Gemeinden immer wieder hervorgehoben, daß ein Weg gesucht werden müsse, um den Gemeinden in allen Fällen die Ausübung der Funktionen, die ihnen in den ersten drei Abschnitten auferlegt werden, möglich zu machen. Der Vertreter der tschechischen Selbstverwaltungskörper, Direktor Rhyz, machte ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es selbstverständlicher Pflicht und Aufgabe der Gemeinden sei, in den Intentionen dieser ersten drei Abschnitte vorzugehen, und daß die Gemeinden sicher dieses, was in den ersten drei Abschnitten enthalten ist, aus eigenem Antrieb durchführen werden, wenn sie es nicht schon längst im Angriff genommen haben.

Für die deutschen Mieterverbände sprach Dr. Klein-Teplick. Er wies in überaus sachlicher und eindringlicher Art auf die Wichtigkeit der Bestimmungen gerade der ersten drei Abschnitte hin und betonte, daß ihre Gesetzgebung nicht nur im Interesse der Mieter, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit, ja auch der einsichtsvollen Hausherren selbst gelegen sei.

Nicht an letzter Stelle sind auch die Ausführungen des Prof. Dr. Rauberg zu erwähnen, der insbesondere in Anlehnung an die Beschlüsse des internationalen Wohnungskongresses in Berlin dar-

auf hinwies, daß die Zeitgedanken der ersten drei Abschnitte diesen Beschlüssen angepaßt sind. In Hund zehntausend Daten wies Dr. Rauberg nach,

daß fast alle Staaten, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, statistische Erhebungen über den Wohnungsbedarf längt durchführen und auch Bestimmungen über die Wohnungsinspektion und die Wohnungsvermittlung bereits eingeführt haben.

Die Enquete wurde schließlich auf Mittwoch, den 22. Juni, um halb 10 Uhr vormittags vertagt.

Die Staatsangestellten bei Udrzal.

Ueber eine am Donnerstag erfolgte Vorgesprache der Vertreter der Exekutive der Staatsangestellten beim Ministerpräsidenten wurde erst Freitag abends ein Kommuniqué herausgegeben, in dem es heißt, daß Udrzal der Deputation versichert, daß es sich die Regierung sehr ange-

legen sein lasse, alles für die Erfüllung der vorgelegten Forderungen der Staatsangestellten sicherzustellen. Auch die Staatsangestellten müssen aber in den ersten Zeiten, die wir durchleben, die finanziellen Schwierigkeiten würdigen, denen die Staatsverwaltung gegenübersteht.

Der Ministerpräsident könnte solange keine formale Bürgschaft geben, als es nicht sicher ist, daß die Krise nicht eine neue Verschlimmerung erfährt und damit unerwartete Ansprüche an die Staatsfinanzen stellt; er wolle nicht den Beispielen der Nachbarstaaten folgen und werde glücklich sein, wenn man von den Staatsangestellten keine weiteren Opfer und Entfagungen zu verlangen brauche. Wenn aber wider Erwarten die allgemeine Notlage und das Interesse des Ganzen dies — als außerordentliche Maßnahme — erforderlich machten, dann sehe er den einzigen Ausweg darin, daß die Staatsangestellten solidarisch mit allen Schichten des Staates vorübergehend die Folgen der schwereren Krise tragen helfen.

Wir bauen eine neue Welt!

Zum proletarischen Kindertag.

In die Reihe der proletarischen Festtage hat sich in den letzten Jahren der Kindertag als einer der schönsten gefügt. Das Freude- und Schönheitsbedürfnis der Jugend gibt ihm das Gepräge; seinen Rahmen bildet

reaktionärer Erzieher und der von moralischen Krankheitsstoffen erfüllten Umwelt abzuweichen und auszugleichen. Diesem Zweck dienen die sozialistischen Erziehungsorganisationen. Darüber hinaus wirkend, wollen sie an der



die Fürsorge der Erwachsenen. Und er ist nicht nur Festtag, sondern auch Kampftag, Tag der Mahnung, die Erfolge des sozialistischen Kampfes zu unterbauen durch die Gewinnung der Jugend.

Nicht jene Jugendfreude wird beim proletarischen Kindertag lebendig, die auf dem Tangel der Vogelwiese zu Hause ist, sondern die Freude, die im Kinde selbst wohnt und ihre Stätte hat in der Kindergemeinschaft. Gemeinsam zu streben, zu lernen und zu schauen, gemeinsam sich zu freuen — das lernen die Kinder des Proletariats in unseren Erziehungsorganisationen und von diesem Willen zur sozialistischen Gemeinschaft ist auch der Kindertag getragen.

Nie war es notwendiger, um die Herzen der Jugend zu kämpfen, als jetzt. Der Faschismus hat seine Neze ausgeworfen; seine Freunde unter den Berufserziehern unterstützen ihn eifrig. Der Krieg ist vergessen. Heute werden die Herzen der heranwachsenden Jugend von den Nationalisten und Militaristen genau so vergiftet, wie wenn es das große Völkermorden nicht gegeben hätte. Nicht nur die Umwelt, in der das Kind aufwächst, ist für seine künftige Entwicklung maßgebend, sondern auch die Gedanken, die die Erzieher an es herantragen. Aber auch die Einflüsse auf das Kind, die jenseits vom guten oder bösen Willen des Erziehers oder seiner Unfähigkeit liegen, sind nicht immer dazu angetan, ihn zum solidarischen Menschen zu bilden.

So muß denn die sozialistische Bewegung ununterbrochen bemüht sein, die Geist und Seele verbildenden Einflüsse unangenehmer oder

Gestaltung des neuen, des solidarischen Menschen mitwirken.

Ausdruck des Müdens und Schaffens unserer Erziehungsorganisationen Zeugnis für die herrlichen Erfolge, die sie schon erreichten, Mahnung zum Zusammenwirken aller, denen das Wort von der Jugend als dem Träger der Zukunft mehr ist als eine oft gehörte und nachgesprochene Redensart, denen es Ziel und Aufgabe ist — auch das will der proletarische Kindertag sein.

Wahrhaftig, dem Kinde des Proletariats sind heute neben der natürlichen Freude, die in jedem Kinderherzen wohnt, allzuviel Bitternisse beschieden. Der Kindertag soll uns mahnen, den Kampf um eine bessere Welt noch leidenschaftlicher, noch hingebungsvoller zu führen. Daß alle Kinder immer die Möglichkeit zur Freude, daß sie genug zu essen und menschenwürdig zu wohnen haben, diese Ziele dient auch der Kindertag.

Denn er wirbt für die proletarischen Erziehungsorganisationen. Er wirbt für sie unter den erwachsenen Genossen, er wirbt für sie unter den Kindern. Jedes Kinderherz, das wir unseren Kinderfreunden, den Arbeiterturnern und den Roten Falken gewinnen, jeder Jugendliche, den wir eingliedern in den Sozialistischen Jugendverband ist ein dauernder Gewinn für die Klasse, für den Sozialismus. Jede Stärkung unserer Reihen, die uns unsere Kinder- und Jugendorganisationen und der Kindertag besorgen, bringen uns dem Ziele näher, das an diesem Kindertag seine symbolische Erfüllung findet: das Kind dem Sozialismus zu gewinnen und durch ihn dem Kinde die Welt zu erobern.



Tintenkleckse an den Fingern sind rasch entfernt mit... Schicht Ominol Scheuermittel

Kommunistisch-faschistische Einheitsfront.

Bei der Wahl in den Trautenauer Revierrat.

Kommunisten, tschechische Faschisten und Nationalsozialisten haben sich auf eine gemeinsame Liste für die Wahl in den Bergarbeiter-Revierrat in Trautenau geeinigt und diese Einheitsliste auch eingebracht. Auf ihr paradierten der Reihenfolge nach zwei tschechische Nationalsozialisten, ein Faschist, ein Kommunist und als 5. und 6. noch zwei Faschisten. In den Armen liegen sie sich nun, die allerdings nur mit dem Munde internationalen Klassenkämpferischen Moskauer mit den Chauvinisten und Unternehmertrotzonten aus dem tschechischen Lager. Eine feine Vetterschaft das, die sich in der Arbeiterbewegung sehen lassen kann, die da in brüderlich vereinter Kraft gegen die Union der Bergarbeiter marschiert. — Was sagen die wenigen Kommunisten unter den Schaplatzer Bergarbeitern zu dieser Vermählung? Werden sie aus dem Vorgehen des kommunistischen Klassenkämpfers (Soucek heißt der wackere Mann) die Schlussfolgerungen ziehen? Oder ist diese liebliche Ehe gar mit Wissen und Zustimmung der Schaplatzer Kommunisten zustand gekommen? Gegen den Faschismus, so lautet das Kriegsgeschrei der Kommunisten. Die höhere kommunistische Strategie erfordert jedoch, daß man sich mit ihm verbünde.

Der neueste Schlag der Kommunisten.

Wir haben gestern auf den tollen Einfall der Kommunisten verzichtet, den Genossen Abg. Pohl deswegen anzugreifen, weil dieser als Vertreter der Union der Bergarbeiter mit dem Vertreter des Vereines für bergbauliche Interessen, dem Zentraldirektor Pöder, unterhandelt hat. Diese Unterredung hat, wie wir informiert worden sind, nicht zur Zeit des Bergarbeiterstreiks, sondern drei Wochen nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Nordwestböhmen, nämlich am 8. Mai stattgefunden und es hat sich dabei um die Auslegung des Punktes 3 des Prager Protokolls gehandelt, das die Vereinbarungen, die getroffen worden sind, behandelt.

Mitgliederzuwachs unserer Gewerkschaften.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei verzeichnet in den letzten Jahren trotz der Krise einen ständigen Mitgliederzuwachs. Die angeschlossenen Verbände hatten in den vier letzten Jahren folgende Gesamtmittgliedsziffern:

1928	200.383
1929	204.006
1930	211.672
1931	220.536

Das ergibt also in den letzten drei Jahren, von denen zweieinhalb Jahre als Krisenzeit zu bezeichnen sind, einen Mitgliederzuwachs von zehn Prozent. Wenn man bedenkt, daß dieser

Zuwachs von 20.000 neuen Gewerkschaftsmitgliedern

zu verzeichnen ist, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorbereitung für die Gewerkschaften nicht günstig waren und die Gegner mit allen erdenklichen Mitteln die freien Gewerkschaften vernichten wollten, so ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammen-schlusses in den Arbeitern und Angestellten wächst.

Das Messer im politischen Kampf. Am Donnerstagabend kam es in Waune-Eidel zwischen Kommunisten, die zu einem Protest gegen die Rotverordnung aufgerufen hatten, und Nationalsozialisten, die sich teilweise schon in Uniform zeigten, zu Schlägereien, bei denen ein Nationalsozialist niedergestochen und schwer verletzt wurde. Die Schlägereien verschärften sich; es wurden auch Schüsse gewechselt, doch wurde anscheinend niemand verletzt.

Ein Mädchen, dann ein Mord und schließlich ein Bier . . . Die Staudarte 4 der nationalsozialistischen MA in Berlin hat ein eigenes Standardlied, das alles über das Wesen von Ditters MA sagt. Es lautet:

„Gefällt Dir meine braune Tracht, Du Mädchen mit roten Wangen?
Mir sagt dein Aug', das schelmisch lacht: Dein Herz hat Feuer gefangen!
Ich gebe Dir, was ich geben kann: In Liebe beide Hände.
Horrido, ich bin ein Dittlermann vom vierten Regiment!
Die Büchse blinkt, es tracht der Schuß: getroffen hab' ich heute
dreimal ins Zentrum, wie ich muß, das war 'ne Herzenstunde!
Und unter Goebbels schenkt uns dann zum Lohn ein köstliches Bier.
Horrido, ich bin ein Dittlermann von der Staudarte vier!“

Das ist der Geist jener, aus denen sich Ditters Bürgerkriegs-Armee zusammensetzt: der lustige Mord am politischen Gegner, die Uniform, die den Mädchen imponieren soll und als Lohn für den lustigen Mord das Maß Bier, das Goebbels stiftet!

Warum hungern? Noch niemand hat einen vernünftigen Grund dafür gefunden. Aber einer Wiener illustrierten Zeitung ist es gelungen, dem Problem neue interessante Seiten abzugewinnen:

Warum hungern?
Wenn eine Schale des altdänischen Dr. Adams Entseftungstees täglich genügt, um schlank, grazile Gestalt zu erreichen!

So zu lesen im Mai 1932. Was noch die Bourgeois sich für Sorgen machen! Die Arbeitermodel haben es viel leichter. Sie werden ohne Entseftungstees manchmal recht schlank.

Ein schwerer Unfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Alt-Tschau und Neustädte. An einem vollbeladenen Heuwagen brach plötzlich eine Achse, so daß der Wagen umstürzte. Während der Aufricht noch gerade abspringen konnte, stürzten fünf Frauen und ein Kind, die auf dem Wagen lagen, auf die Straße und unglücklichweise gerade auf einen Steinhaufen. Alle sechs Personen trugen schwere Verletzungen davon.

Gräßlicher in aller Welt. In New York wurden auf Grund der Angaben der Budapest-Polizei zwei Leute namens Ekeo und Zool, die Köpfe einer Bande seltsamen, die Europa mit fahenden Pfundnoten überdeckt hatte. In der Wohnung der Bankführer fand man Druckmaschinen und eine komplette Einrichtung für die Herstellung falscher Pfundnoten.

Mohamed, der Kenner. In Kairo wurden Mohammed Mustafa Kase, der Führer einer verbreiteten Bande von Raubgänschmuggelern, und vier seiner Mitangehörigen zu Kerkerstrafen von fünf Jahren und zu Geldstrafen von 1000 Pfund verurteilt. Mohammed Mustafa Kase, der eine ganze Reihe von Sprachen fließend beherrscht, führte in den letzten 20 Jahren ein recht abwechslungsreiches Leben, und es gelang ihm in der letzten Zeit, die Rettung einer internationalen Schmugglerbande in die Hände zu bekommen. Bei einer im Vorjahr in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung, bei dem zahlreiche belastendes Material vorgefunden wurde, gelang es schließlich der Polizei, ihn zu überführen.

Schwerer Selbstmord. Bei Dainburg wurde die Leiche eines 29. bis 30-jährigen, 165 Zm. großen, unbekanntes Mannes aus der Donau geborgen, der um seinen Körper eine Kette trug, an der ein Vorhängeschloß und ein 5 Kg-Gewicht befestigt waren.

Falsches Vatikangeld. Der Untersuchungsrichter des Vatikanischen Tribunals hat eine Untersuchung gegen unbekannte Täter wegen Fälschung vatikanischer Geldes eingeleitet. Vor einigen Tagen tauchten nämlich Fälschungen vatikanischer Jehu-Scheine auf, die erst bei ihrem Rückfluß in die Vatikanische Staatskasse als solche erkannt wurden. Da nicht anzunehmen ist, daß sich der Geldfälscher auf vatikanischem Staatsgebiet aufhält, hat der vatikanische Richter die italienischen Behörden um Unterstützung erucht.

300-Jahrfeier der Universität Dorpat. Am 20. Juni und 1. Juli feiert die Universität Dorpat den 300. Jahrestag ihrer Gründung. In der Feier sind 250 Delegierte von Universitäten und wissenschaftlichen Instituten der ganzen Welt geladen. Die Universität Dorpat wurde am 30. Juni 1622 vom schwedischen König Gustav Adolf während der Belagerung und Schlacht bei Nürnberg gegründet, und erhielt den Namen Academia Gustaviana, unter welchem Namen sie bis zum Jahre 1655 bestand. Die Unterrichtssprache war erst lateinisch, dann deutsch. Im Jahre 1889 wurde die Universität russifiziert. Während des Weltkrieges wurden die Sammlungen und die Bibliothek nach Woroneß übergeführt, wo während der deutschen Besetzung die ganze Bibliothek evakuiert wurde. Ende des Jahres 1918 wurde die Universität schließlich durch den Staat Estland übernommen.

WENN Dein Haar auch nach dem Sport so hübsch wie sonst aussehen soll . . .



DANN wasch es einfach mit

ELIDA SHAMPOO

REICHT FÜR 2 MAL

Die Gewissensfreiheit.

Das Beispiel des Camille Rombaud.

Paris, Mitte Juni 1932.

Camille Rombaud war Soldat. Er hatte während des Krieges gekämpft und dabei hatte er die Ueberzeugung von der Unsinngkeit des Kriegshandwerks und von der Nichtigkeit des Waffentodes gewonnen.

Camille Rombaud war Lehrer. Er lehrte die Menschen- und Feindesliebe.

Vor einigen Tagen erschien er in Lille vor dem Militärgericht. Er war zu einer Reservistenperiode auf zwei Wochen einberufen worden und hatte dieser Einberufung nicht Folge geleistet. Dann hatten ihn die Gendarmen zur Kaserne abgeholt, dort weigerte er sich aber, die Uniform anzuziehen: „Mein Gewissen verbietet mir das.“ „Ausnahmsweise hatte die Presse in Frankreich sehr viel von dem Fall gesprochen. Jeder in Lille interessierte sich für ihn. In der Straßenbahn bedauerte der Schaffner, gerade keinen Ausgang zu haben, weil er gerne zu der Gerichtsung gegangen wäre. Eine Familienmutter sagte jedem, viele junge Leute müßten den Mut von Rombaud haben, dann wäre es bald mit dem Kriegsgeschrei aus“, schreibt Pastor Henri Koser, einer der Entlastungszeugen, in der „Information sociale“ vom 9. Juni.

Noch zwei andere Pastoren waren als Entlastungszeugen erschienen, weiterhin ein katholischer Priester und der bekannte katholische Pazifistführer Marc Sangnier von der Liga „Junge Republik“, sowie sozialistische und nichtsozialistische Freidenker. „Das Gesetz ist da machtlos, wo das ungeschriebene Gesetz der Gewissensfreiheit beginnt“, war ein Satz von Napoleon, den der eine protestantische Pfarrer zitierte. Napoleon selbst hatte die Anabaptisten-Sekte vom Militärdienst ausgenommen.

André Philip, der sozialistische Rechtsprofessor aus Lyon, hatte die Verteidigung von Rombaud übernommen. Rechtsanwalt Nothly aus Lille, ein pazifistischer früherer Kriegsteilnehmer, hatte sich außerdem von selbst zur Verfügung gestellt. Die Publikumstribüne war zum Brechen voll. Draußen auf der Straße warteten

500 Neugierige, die keinen Einlaß hatten finden können, auf das Urteil und schrien zu den Richtern: „Laßt Rombaud frei!“, während Hunderte einen Demonstrationszug durch Lille bildeten und dabei Schilder trugen: „Laßt Rombaud frei; nie wieder Krieg!“

Indessen stand Camille Rombaud vor dem Militärgericht. Seine Frau, sein Bruder und seine Schwiegereltern wohnten der Sitzung bei und unterstützten ihn. „Ich bin schuldig, auch nicht vorübergehend wieder Soldat werden zu wollen, und ich gestehe das ein. Ich bitte um die Anwendung des Gesetzes“, sagte Rombaud ruhig den Militärrichtern. Ein einziger von ihnen begriff etwas den Fall und fragte Rombaud, ob er nicht bereit wäre, in einer Sanitätskolonne Dienst zu tun. Rombaud antwortete jedoch, dadurch würden nur die Soldaten gepflegt, um wieder zur Schlacht zurückzukehren, auch würde dies außerdem eine Befähigung des Militärs bedeuten.

Marc Sangnier, der während des Krieges Hauptmann war, sagte unter anderem aus: „Camille Rombaud befolgt den Satz: Du sollst nicht töten. Er glaubt, daß es besser sei, Gott zu gehorchen als den Menschen. Durch den Briand-Kellogg-Pakt wurde der Krieg ohnehin geächtet. Er entspricht also nicht mehr dem Gesetz. Angesichts der Ueberzeugung, die Rombaud hat, hatte er geradezu die Pflicht, so zu handeln, wie er es getan hat. Wird einmal die Welt in Frieden organisiert und die Abrüstung allgemein durchgeführt sein, so werden wir alle handeln wie Rombaud. Das Unrecht der Menschen, die nach ihrem Gewissen handeln und die eine mutige und manchmal heldenhafte pazifistische Mutprobe bieten, ist also vor allem, ihrer Zeit vorauszuweisen und zu früh recht zu haben.“

Camille Rombaud wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Berichterstatter des sozialistischen „Populaire“ schließt seiner Preisbericht mit den Worten: „Es ist mir, daß der Fall Rombaud nicht nicht erledigt ist, sondern daß er jetzt erst beginnt.“

Kurt Venz.

Der letzte Akt einer Chetragödie.

Die schwangere Gattin erdroffelt. — Der dritte Mordprozeß dieser Woche.

Proz. 17. Juni. Vor dem heutigen Schwurgericht hatte sich der Währinger Arbeiter Johann Petzle wegen Wattenmordes zu verantworten. Der Angeklagte, wie auch dessen gräuliche Frau standen im Dienste des Müllers Anton Sädzel im Dorle Wärlin im Pilsener Bezirk. Am 12. März d. J. erkrankte der Angeklagte selbst bei der Gendarmerei die Angehe, daß seine Frau Anna seit drei Wochen abgängig sei. Er begründete die späte Anzeige damit, daß er bisher geglaubt habe, die Vermählte habe sich bei ihrer Mutter auf. Vierzehn Tage später ergabte er die Anzeigepflichtangehe noch mit der Meldung, daß seine Frau dem Vernehmen nach mit einem unbekanntes Bergmann in Pilsnam zusammengehe. Die Nachforschungen blieben aber ergebnislos.

Am 14. Mai machte der Dienstgeber des Angeklagten einen lächerlichen Fund. Er ließ in der aufgeschapelten Spreu auf einen harten Gegenstand und nahm gleichzeitig einen lebenden Verwesungsgeruch wahr. Als eine Woge nun den fraglichen Gegenstand aus der Spreu ausgegraben hatte, erwies sich dieser als ein aller, mehrfach verdammtes Saß. Nach Oeffnung fand man darin eine Frauenleiche, deren Hals mit einem roten Kaputuch umwickelt war. Der Müller erkannte in der Leiche die Frau des Angeklagten. Der ganze Körper war angedem mit Stricken zusammengeknüpft, die gleichfalls in

dreifacher Schlinge um den Hals zusammengezogen waren. Der Mund der Leiche war mit einem Bezen aus tatorisiertem Stoff bedekt.

Die Sektion ergab in der Gebärmutter der Toeten ein sechs Monate altes, voll entwickeltes Embryo männlichen Geschlechtes.

Petzle wurde nun in Dasi genommen und legte nach längerem Beugen endlich ein Geständnis ab. Bis den Tag des Mordes bezognete er den 21. Heber. Er erklärte, daß er am Morgen des tritischen Tages (um 5 Uhr früh) mit seiner Frau in Zreit geraten sei, weil diese ihm zunächst Vorwürfe wegen seines tranken Weines gemacht habe. Im Verlaufe des Wortwechsels habe sie dann erklärt, sie habe Stet vor ihm und werde ihn verlassen. Das habe ihn furchtbar aufgebracht, so daß er ihr erklärt habe, daß er sie lieber umbringen werde, ehe er sie von sich gehen lasse. Schließlich habe sie ihm einen Trich verriet, worauf er sie in Wärlin Wut beim Hals packte. Sie sei noch kurze Zeit zusammengesunken und tot gewesen. Nun habe ihn die Furcht gepackt: er habe die Leiche in der gefährlichen Weise mit Tüchern und Stricken zusammengeknüpft und in die Spreu vergraben. Der Fall der Leiche weist außer den Würgespuren durch Hinoereindrücke noch eine harte Strangulationsspur durch Zreit oder Tuch auf.

Das Beweilverfahren in der von OSM. Oellriegel geleiteten Verhandlung gestaltete sich außerordentlich langwierig. Eine lange Reihe von Zeugen war geladen, da es dem Gericht natürlich auch darum zu tun war, das Verhältnis der Ehegatten zueinander, ihre Lebensweise u. dgl. anzuklären. Es ergab sich kein greifbarer Anhaltspunkt in der Richtung, daß die Ehe des Angeklagten unglücklich gewesen sei, wenigstens aus Briefen seiner Mutter, an ihn bevoorgeht, daß sich seine Frau über ihn mehrfach beklagte hat.

Da der Angeklagte später ein Geständnis abzuschwächen und insbesondere die Tötungsabsicht zu bestreiten versuchte, bezogte sich das Gericht aufs eingehendste mit den zu wiederholten Malen abgelegten Geständnissen des Angeklagten in der Voruntersuchung, bei denen er sich in einer Weise schuldig bekannt hatte, die ihn in dieser Richtung allerdings schwer belastet. Insbesondere spricht der Umstand gegen ihn, daß er die bereits Beschlöße mit dem Tuch aus brutalster Strafkraft hat. Gegen 7 Uhr abends verhandelte der Osmann des Gerichtsworenkollegiums den Wahrspruch, durch welchen der Angeklagte von der Anklage des Mordes freigesprochen aber des

Verbrechens des Totschlages schuldig erkannt wurde. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf sieben Jahre schweren Bekkers. rb.

Ausgebeutete Kinder.

Der gepändete Sohn muß Ironarbeit tun. — Kinder in orientalischen Teppichfabriken. — Krüppel für Bettelumzüge.

Von A. E. Kern.

Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß in dem bestarratischen Orte Petrucla einem Elternpaare, bei dem keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren, deren zehnjähriges Söhnchen gepändet wurde. Das Kind muß bei einer Gutsherrschaft Dienst tun und die Schuld der Eltern abarbeiten.

In allen Kulturstaaten der Erde ist die Kinderarbeit genau geregelt, bzw. überhaupt verboten. Trotzdem gibt es auf Erden Regionen von Kindern, die in schwerer und oftmals lebensgefährlicher Arbeit Geld verdienen müssen. Nicht nur die kleinen Jungen und Mädchen, die Beeren und Pilze sammeln, um sie dann zu verkaufen, die Tee- und andere Pflanzensorten pflücken, die Zeitungen austragen, Maiskörner und sonstige schädliche Insekten gegen ein kleines Entgelt abtöten, Schlangen jagen usw. sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen, sondern wir wollen hauptsächlich ausländische immer noch vorhandene Kinderarbeit näher betrachten.

Wer jemals einen südlichen Welthafen anlies, wird das traurige Bild, daß kleine Knaben um ein paar Kupfermünzen zum nicht geringen Vergnügen der Auswärtigen lebensgefährliche Taucherkünste ausführen, lange Zeit in Erinnerung bewahren. Im Orient, insbesondere in den nordafrikanischen Städten, ist es Sitte, daß kleine Jungen mit winzigen Holzstiften auf der Schulter, die alle Requisiten des Schuhputzgeschäfts enthalten, ununterbrochen tätig sind. Zeht sich ein Fremder irgendwo nieder oder bleibt er ein paar Sekunden stehen, um ein Schaufenster zu betrachten, so kann er sicher sein, daß sich ein oder gar mehrere übereifrige Stiefelputzer angefragt daran machen, seine Schuhe zu reinigen. Auch die ganz teuren orientalischen Teppiche werden von winzigen Kinderhändchen gewebt, denn nur diese sind fein genug, um diese feinen Knoten zustande zu bringen. In den orientalischen Teppichwebereien wird mit der Kinderarbeit noch unendlicher Mißbrauch getrieben.

In der Slowakei und den umliegenden Gebieten sind die jugendlichen Raufschalenhändler zu Hause. Diese barfüßigen elend genährten und verwaahrlosten Kinder, die bettelnd und hungernd mit ihren kaum abzusetzenden Raufschalen durchs Land ziehen, gehören zu den bedauernswertesten Geschöpfen, die die Erde trägt. Man nennt sie „Drahtenbinder“, und die Polizei bringt sie frühzeitig nach Tamschkeit in Fürsorgestellen unter. In Prag kam leztlich ein bemerkenswerter Strafprozeß zum Austrag. Eine berufsmäßige Bettlerin hatte gemietete Kinder stets solange geknufft und gewinkt, bis diese bitterlich weinten, so daß die Vorübergehenden auf diese traurige Gruppe aufmerksam wurden. Hörte eines der armen Geschöpfe zu weinen auf, so erfolgten sogleich heimliche aber dafür umso nachdrücklichere Mißhandlungen. Die tobe Frau erhielt eine Zuchthausstrafe. Schon im Mittelalter war es übrigens Sitte, daß arme Familien ihre Kinder für Bettelumzüge vermieteten. Die Veranstalter solcher Bettelzüge machen ein gutes Geschäft, während die daran beteiligten Kinder in der Regel zugrunde gingen. Da man nämlich in der Hauptstadt blinde, verknüppelte oder sonst mit einem körperlichen Defekt behaftete Kinder dafür ausersah, ging der Rest ihrer ohnehin schwachen Gesundheit bei solchen ihnen zugewiesenen Strapazen hin.

In Paris wurde in diesem Jahre eine eigene Schule zur Heranbildung von Kindern als Mannequins ins Leben gerufen. Es meldeten sich etwa doppelt so viele Mädchen als Knaben. Die Kinder lernen hier das regelrechte Vorführen von Kinderkostümen mit den üblichen dazu gehörigen Bewegungen, Gesten und Wendungen. Daß man ihnen auch das Schminken nach allen Regeln der Kunst beibringt, gehört auf ein anderes Blatt. Die Franzosen, die derartige Veranstaltungen sehr gerne besuchen, sind von diesen Vorbildungen stets begeistert und der materielle Ertrag des Unternehmens ist dementsprechend.

